

EVANGELISCHER ARBEITSKREIS KIRCHE UND ISRAEL IN HESSEN UND NASSAU



im Martin-Buber-Haus

EVANGELISCHER ARBEITSKREIS KIRCHE UND ISRAEL IN HESSEN UND NASSAU
Pfarrer Ulrich Schwemer · Theodor-Storm-Straße 10 · 6148 Heppenheim

Postanschrift:
Theodor-Storm-Straße 10
6148 Heppenheim
Telefon (0 62 52) 7 12 70
Telefax (0 62 52) 7 26 06

Öffentliche Erklärung des "Evangelischen Arbeitskreises Kirche und Israel in Hessen und Nassau" am 25. Oktober 1992 aus Anlaß seines 40-jährigen Bestehens

Der "Evangelische Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau" stellt mit Bestürzung fest:

Auch nach 40 Jahren hat die Arbeit dieses Gremiums nichts von ihrer Aktualität und Notwendigkeit verloren. Das offene Zutreten von Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit fordert ein eindeutiges Eintreten für die Menschen in Deutschland, die von Gewalt und Haß bedroht werden.

Aufgrund der deutschen Geschichte versteht der Arbeitskreis die gegenwärtigen Entwicklungen als Bedrohung für die Demokratie. Die häufig geäußerte Meinung, man könne die schuldbeladene Geschichte endlich ruhen lassen, wird durch die gegenwärtigen Ausschreitungen gegen jüdische Friedhöfe, gegen jüdische Gemeinden und Gedenkstätten, gegen Ausländer in Deutschland und gegen Asylbewerberheime Lügen gestraft.

Daß heute wieder viele Menschen in Deutschland in Angst vor Gewalt leben müssen, fordert den ganzen Widerstand von Christen und allen Demokraten heraus. Die Wunden der Verbrechen des Nationalsozialismus sind noch nicht verheilt und der "Schoß, aus dem das kroch" (B. Brecht) ist noch immer fruchtbar.

Deshalb müssen die von Gewalt bedrohten Menschen heute besonders unterstützt und es muß ihnen zur Seite gestanden werden, damit sie sich nicht mitten in unserer Gesellschaft alleine gelassen fühlen.

Die Mitglieder des Arbeitskreises verpflichten sich, an ihren Wohnorten, in ihren Gemeinden und an ihren Arbeitsplätzen gegen jede Art von Antisemitismus und Rassismus vorzugehen. Sie verpflichten sich selber und rufen dazu auf, in vielfältigen Formen den jüdischen Mitbürgern und den anderen bedrohten Menschen Zeichen der Gemeinschaft zu geben. Wo Synagogen, Gemeindehäuser oder Asylbewerberheime bedroht werden, soll mit Mahnwachen oder Menschenketten gegen blinde Gewalt demonstriert werden, um den bedrohten Menschen solidarisch zur Seite zu stehen.